

*Forschungsinstitut
für die Geschichte Tschechiens
und der Slowakei*

Collegium Carolinum e.V. — Hochstraße 8 — 81669 München
Katedra německých a rakouských studií
Institut mezinárodních studií
Fakulta sociálních věd
Univerzita Karlova v Praze
U Kříže 8
150 00 Praha 5 - Jínonice

PROF. DR. VOLKER ZIMMERMANN
Hochstraße 8
81669 München
Telefon 089/55 26 06-21
Telefax 089/55 26 06-44
volker.zimmermann@collegium-carolinum.de
www.collegium-carolinum.de

Beurteilung

Dimitrov, Michal: Přistěhovalectví a velkoměsto. Politika integrace imigrantů v Berlíně a Vídni 1971–2011, disertační práce NRS IMS FSV UK, Praha 2017, 289 s.

Michal Dimitrov befasst sich in seiner Dissertation mit der Integration von ausländischen Zuwanderern und ihren Nachkommen in den beiden Großstädten Berlin (West) und Wien in den Jahren 1971 bis 2011. Hierbei stellt er zwei Fragen: zum einen nach dem Grund dafür, warum in Berlin früher als in Wien mit einer lokalen Integrationspolitik begonnen wurde; zum anderen, warum sich beide Städte dann Anfang des neuen Jahrtausends zur interkulturellen Diversitätspolitik bekannten. Den komparativen Rahmen bilden dabei unter anderem übergeordnete nationale und supra- bzw. transnationale Strukturen und Konstellationen, politische Kräfteverhältnisse in beiden Städten, Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung sowie die Entwicklung der sozioökonomischen Struktur sowohl der Städte als auch der Zuwanderungsgesellschaften (im letzteren Fall einschließlich vermeintlicher und tatsächlicher Integrationsdefizite).

Seine Untersuchung gliedert D. in fünf Teile. Zunächst stellt er Thema, methodisches Gerüst sowie Quellen und Literatur zum Thema vor, dann befasst er sich in einem ersten Hauptteil mit der grundlegenden Frage nach Zuwanderung und Integration in demokratischen Staaten und den beiden Städten sowie Begrifflichkeiten, im zweiten Hauptteil vergleicht er die Integrationspolitiken in Berlin (West) und Wien, im dritten (bestehend aus zwei Exkursen) fragt er nach den Teilaspekten Naturalisationspolitik und politische Partizipation. Im Fazit fasst D. diese Aspekte zusammen und kommt zu dem Schluss, dass Berlin wegen seines Bedarfs an Arbeitskräften sowie angesichts seiner „Insellage“ auch demografisch prekären Situation besonders viele Zuwanderer benötigte und deren Integration aufgrund der im Gegensatz zu Wien und zunächst auch anderen westdeutschen Städten sehr großen türkischen Gruppe vergleichsweise früh konzeptionell durchdenken wollte. Die Zahl der Zuwanderer wuchs in Berlin auch in der folgenden Zeit beständig. Die Deindustrialisierung führte allerdings zu einer hohen Arbeitslosigkeit unter manchen Zuwanderergruppen, deren Nachkommen zudem auf-



Institut an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Mitglied im Kompetenzverbund
»Historische Wissenschaften München«

Bankverbindung

HypoVereinsbank
IBAN: DE 74 7002 0270 0000 564
BIC: HYVEDEMMXXX

grund eines geringeren formalen Bildungsniveaus ebenfalls Integrationsschwierigkeiten hatten. In Wien kamen dagegen die meisten „Gastarbeiter“ aus Jugoslawien und wurde in den 1970er Jahren relativ schnell auf eine weitere aktive Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften verzichtet, so dass der Stadtführung zunächst eine aktive Integrationspolitik nicht notwendig zu sein schien.

D. zeigt, dass immer wieder gerade der politische und gesellschaftliche „Ausnahmefall“ Berlin eine pragmatische und offensivere Integrationspolitik betrieb. Erst ab den 1990er Jahren gab es eine integrationspolitische Angleichung zwischen Berlin und Wien. Dabei lässt sich dieser Wandel von weitgehend ethnisch homogenen zu kulturell vielfältigen Gesellschaften an beiden Vergleichsbeispielen gut ablesen: Den im Vergleich zu Berlin „späteren“ Beginn einer aktiven Integrationspolitik in Wien und den konzeptionellen Gleichklang im Sinne eines in den 1990er Jahren multikulturellen Ansatzes und dann nach der Jahrtausendwende interkulturellen Ansatzes der Diversitätspolitik erklärt Dimitrov überzeugend zum einen mit den lokalen Besonderheiten sowie mit dem übergeordneten trans- bzw. supranationalen Rahmen der Europäischen Union (also der gemeinsamen europäischen Migrationspolitik). Ferner erwähnt er den allmählich geringeren Stellenwert der bis dahin stark dominierenden nationalen Identitäts- und Deutungsmuster aus den offiziellen Integrationsdiskursen. Vor diesem Hintergrund überzeugt auch die von D. am Ende formulierte Hypothese einer Wechselbeziehung zwischen der (gerade in Deutschland und Österreich lange Zeit im Gegensatz zum gesamtstaatlichen Rahmen stehenden) pragmatischen migrationspolitischen Praxis in europäischen Großstädten und der Entwicklung einer gemeinsamen Migrationspolitik der Europäischen Union.

Die Innovation der Arbeit liegt in der systematischen Darstellung der Integrationspolitik zweier bedeutender Großstädte über einen sehr langen Zeitraum hinweg (die Mehrheit der vorliegenden Literatur widmet sich nur einzelnen Perioden und Teilaspekten dieses Themas) sowie der methodisch-theoretisch gut begründeten Vergleichsanordnung (*contrast-oriented comparative history*). Hervorzuheben ist, dass bei der Darstellung verschiedener Formen von Integrationspolitik über den Vergleichsrahmen hinaus kenntnisreich auch weitere europäische Staaten sowie die USA und Kanada berücksichtigt werden. D. formuliert und urteilt ausgewogen und analysiert äußerst differenziert. Die Arbeit beruht auf einer guten Quellen- und Literaturlage – wobei als Primärquellen v.a. öffentlich-politische Dokumente ausgewertet werden – und ist über weite Strecken nach einzelnen Problemfeldern, im dritten Teil aber chronologisch strukturiert, wodurch die zunächst unterschiedliche Entwicklung in den beiden Städten anschaulich herausgearbeitet und beschrieben werden kann. Bisher sind vor allem für Berlin grundlegende Züge der Integrationspolitik in Fachpublikationen untersucht worden, für Wien liegen deutlich weniger Forschungsergebnisse vor. Somit leistet D. mit der Auswertung öffentlich-politischer Dokumente über den Vergleich hinaus auch Grundlagenarbeit bzgl. Konzeption und Details der Integrationspolitik in beiden Städten.

Angesichts dieser positiven Einschätzung rege ich für die Diskussion in der Verteidigung eher vertiefende als kritische Fragen zur Konzeption der Arbeit und der Interpretation der Ergebnisse an:

1.) West-Berlin stellte aufgrund seiner besonderen politischen Lage ein auch international derart einzigartiges Phänomen dar, dass die Stadt in jeder Vergleichskonstellation ein Ungleichgewicht schafft. Trotz der mich sehr überzeugenden methodischen Konzeption der *contrast-oriented comparative history* sollte diese Wahl in der Verteidigung noch einmal genauer begründet werden. Hamburg (auch ein Stadtstaat bzw. Bundesland mit entsprechenden Kompetenzen) wäre als Beispiel schließlich ebenfalls denkbar gewesen. Dort sind wohl größere Ähnlichkeiten mit anderen deutschen Großstädten zu erwarten, womit Hamburg zumindest für den bundesdeutschen Kontext repräsentativer sein dürfte und Forschungsergebnisse leichter verallgemeinert werden könnten.

2.) Ferner stellt sich die Frage nach dem wechselseitigen Einfluss zwischen gesamtstaatlicher und städtischer Ebene, wobei hier für Deutschland der Antritt der Koalition aus SPD und Grünen im Jahr 1998 ins Auge fällt. Weil, wie D. auch erwähnt, ab diesem Zeitpunkt durch die Regierung erstmals die deutsche Gesellschaft als Einwanderungsgesellschaft ausdrücklich anerkannt wurde, ist dieser Aspekt zentral. Daher sollte in der Verteidigung intensiver die bereits in der Einleitung an verschiedenen Stellen aufgeworfene, aber letztlich sehr knapp (z.B. auf S.171f.) behandelte Frage besprochen werden, inwiefern nicht nur der nationale Bezugsrahmen die Integrationspolitik prägte, sondern auch umgekehrt städtische Integrationsmodelle konkret gesamtstaatliche Politik beeinflusst haben. Natürlich kann dies ohne Zugang zu Quellen der zentralen Ebene nur schwer bestimmt werden, aber begründete Vermutungen ließen sich sicher anstellen. Gerade in einer Betrachtung solcher wechselseitiger Einflüsse (zwischen lokaler, nationaler und supra- bzw. transnationaler Ebene) liegt m.E. viel Potenzial für weitere Forschungen zum Thema, wie ja auch die oben erwähnte von D. formulierte Hypothese zur lokalen und supranationalen Ebene andeutet.

Ich empfehle die Annahme der Dissertation zur Verteidigung und bewerte sie mit der Note:

výborně (1)

Praha, 25.8.2017